



## **Benutzungsordnung für die Kindertageseinrichtung St. Valentin der Gemeinde Pforzen (Kindertageseinrichtungsordnung)**

Die Gemeinde Pforzen betreibt eine Kindertageseinrichtung im Sinne des Bayerischen Kinderbildungs- und Betreuungsgesetzes (BayKiBiG). Das Benutzungsverhältnis ist privatrechtlich ausgestaltet. Es wird ein privatrechtliches Entgelt (§ 6) erhoben.

### **§ 1**

#### **Aufgaben der Kindertageseinrichtung**

Die Kindertageseinrichtung unterstützt, ergänzt und begleitet die Eltern in ihrer Erziehungsaufgabe und -verantwortung unter Orientierung an den Inhalten des bayerischen Bildungs- und Erziehungsplans, sowie der Handreichung Bildung, Erziehung und Betreuung von Kindern in den ersten drei Lebensjahren und den Bayerischen Leitlinien für die Bildung und Erziehung von Kindern bis zum Ende der Grundschulzeit. Damit erfüllt sie einen anerkannten Betreuungs-, Bildungs- und Erziehungsauftrag. Sie vermittelt den Kindern nach Maßgabe wissenschaftlicher Erkenntnisse bestmögliche Entwicklungs- und Bildungschancen. Dabei berücksichtigt die Kindertageseinrichtung die wachsende Fähigkeit und das wachsende Bedürfnis des Kindes zu selbständigem, verantwortungsbewusstem Handeln. Sie bietet kindgemäße Bildungsmöglichkeiten an, gewährt allgemeine und individuelle erzieherische Hilfen, fördert die Persönlichkeitsentwicklung sowie soziale Verhaltensweisen und wirkt Entwicklungsrisiken frühzeitig entgegen. Sie berät die Eltern in Erziehungsfragen. Leitziel der pädagogischen Arbeit ist der wertorientierte, gemeinschaftsfähige, schöpferische Mensch, der sein Leben eigenverantwortlich gestalten und den Anforderungen in Familie, Staat und Gesellschaft gerecht werden kann.

### **§ 2**

#### **Aufnahmevoraussetzungen**

(1) Die im Einzugsbereich der Kindertageseinrichtung wohnhaften Kinder werden gleichermaßen und ohne Rücksicht der Person in die Einrichtung aufgenommen, soweit und solange dessen Aufnahmefähigkeit reicht. Kinder, die ihren Wohnsitz außerhalb der Sitzgemeinde haben, können ergänzend aufgenommen werden.

(2) Ab dem vollendeten ersten Lebensjahr bis zum Schuleintritt haben Kinder einen Rechtsanspruch auf frühkindliche Förderung in einer Kindertageseinrichtung oder in der Kindertagespflege. Der Anspruch ist auf Vermittlung eines Platzes gerichtet. Jede nach dem BayKiBiG förderfähige Einrichtung bzw. Kindertagespflege erfüllt die qualitativen Ansprüche an die frühkindliche Förderung im Sinne des Rechtsanspruchs. Ein Rechtsanspruch auf Aufnahme in diese Einrichtung oder in eine bestimmte Gruppe dieser Einrichtung besteht nicht.

(3) Die Entscheidung über die Aufnahme eines Kindes erfolgt durch die Trägerin, die die Entscheidung an die Einrichtungsleitung delegieren kann. Sie hat billigem Ermessen zu entsprechen unter folgenden Aufnahmekriterien:

- Der Wohnsitz des Kindes liegt im Gemeindegebiet Pforzen
- Das Kind ist ein Geschwisterkind eines bereits hausinternen Kindes
- Soziale Faktoren (alleinerziehend; berufstätig; besondere Notlage; Warteliste)
- Alter des Kindes – absteigend nach dem Geburtsdatum



Die Aufnahme kann insbesondere abgelehnt oder widerrufen werden, wenn die geforderten Unterlagen, v. a. die für die Förderung nach dem BayKiBiG erforderlichen Nachweise, nicht fristgerecht bis zum gesetzten Termin vorgelegt werden.

(4) Kinder mit Vollendung des ersten Lebensjahres können in den Kinderkrippenbereich aufgenommen werden. Kinder mit Vollendung des dritten Lebensjahres können in den Kindergartenbereich aufgenommen werden. Der Wechsel eines Kindes aus der Kinderkrippe in den Kindergarten kann bei Vollendung des dritten Lebensjahres zwischen September bis Dezember des laufenden Betreuungsjahres zum 01.01. des nächsten Kalenderjahres erfolgen, sofern im Kindergarten freie Plätze vorhanden sind. Bei Vollendung des dritten Lebensjahres zwischen Januar bis August des laufenden Betreuungsjahres ist ein Wechsel aus der Kinderkrippe in den Kindergarten erst zum neuen Betreuungsjahr möglich.

(5) Die Aufnahme eines Kindes erfolgt in der Regel zum Beginn eines Betreuungsjahres. Ausnahmen sind möglich, soweit und solange noch nicht alle belegbaren Plätze vergeben sind. Im Juli und August finden grundsätzlich keine Neuaufnahmen statt.

(6) Die Aufnahme des Kindes in die Kindertageseinrichtung erfolgt zunächst auf Probe. Die Probezeit, in der festgestellt werden soll, ob das Kind für den Besuch der Einrichtung geeignet ist, beträgt 8 Wochen. In dieser Zeit kann der Bildungs- und Betreuungsvertrag ohne Angabe von Gründen von beiden Seiten mit einer Frist von 2 Wochen zum Monatsende gekündigt werden.

(7) Ab Vollendung des ersten Lebensjahres muss ein schriftlicher Nachweis eines ausreichenden Impfschutzes gegen Masern oder der Immunität gegen Masern vorgelegt werden. Dies gilt nicht, wenn durch einen ärztlichen Nachweis bestätigt ist, dass aufgrund einer medizinischen Kontraindikation dauerhaft oder vorübergehend nicht geimpft werden kann. Ausreichend ist außerdem die Vorlage einer Bestätigung einer anderen Einrichtungsleitung oder einer staatlichen Stelle, dass ein Nachweis über einen ausreichenden Impfschutz (zwei Impfungen) oder über die Immunität gegen Masern oder einer fehlenden Impfung wegen dauerhafter medizinischer Kontraindikation dort bereits vorgelegt wurde.

### **§ 3 Betreuungsjahr**

Das Betreuungsjahr dauert jeweils vom 1. September bis 31. August des folgenden Kalenderjahres.

### **§ 4 Öffnungszeiten, Nutzungszeiten**

(1) Die regelmäßigen Öffnungszeiten der Kindertageseinrichtung werden von der Trägerin nach einer jährlichen Bedarfsumfrage festgelegt. Auch werden Kernzeiten für pädagogisches Arbeiten, in denen die Kinder in der Einrichtung anwesend sein müssen, festgelegt. Die Kernzeit ist verpflichtend in die gebuchte Betreuungszeit aufzunehmen.

(2) Die Kindertageseinrichtung ist derzeit geöffnet:

	Kinderkrippe:	Kindergarten:
Montag	von 7.30 Uhr bis 14.00 Uhr	von 7.00 Uhr bis 15.00 Uhr
Dienstag	von 7.30 Uhr bis 14.00 Uhr	von 7.00 Uhr bis 16.00 Uhr
Mittwoch	von 7.30 Uhr bis 14.00 Uhr	von 7.00 Uhr bis 15.00 Uhr
Donnerstag	von 7.30 Uhr bis 14.00 Uhr	von 7.00 Uhr bis 16.00 Uhr
Freitag	von 7.30 Uhr bis 13.30 Uhr	von 7.00 Uhr bis 13.30 Uhr



(3) Die Trägerin ist berechtigt, die Öffnungszeiten der Kindertageseinrichtung, insbesondere aus betrieblichen oder personellen Gründen, auch während des laufenden Betreuungsjahres zu ändern. Änderungen während des laufenden Betreuungsjahres werden den Eltern rechtzeitig, mindestens einen Monat voraus, schriftlich bekannt gegeben.

(4) Die Kernzeit beginnt derzeit um 8.00 Uhr für die Krippe und um 8:30 Uhr für den Kindergarten und endet derzeit um 12.00 Uhr. Die Eltern sind verpflichtet, die Kernzeiten einzuhalten und von Bring- und Abholzeiten freizuhalten. Daher ist im Krippenbereich der Kindertageseinrichtung eine Mindestbuchungszeit von 18 Wochenstunden verteilt auf 4 Tage mit einer Mindestbuchung von 7.45 Uhr bis 12.15 Uhr verpflichtend. Im Kindergartenbereich der Kindertageseinrichtung ist eine Mindestbuchungszeit von 20 Wochenstunden verteilt auf 5 Wochentage mit einer Mindestbuchung von 8.15 Uhr bis 12.15 Uhr verpflichtend. Die Kinder müssen bis spätestens 7:45 Uhr in der Krippe und bis spätestens 8:15 Uhr im Kindergarten in die Kindertageseinrichtung gebracht und pünktlich abgeholt werden. Im Falle wiederholter, verspäteter Abholung ist die Kindertageseinrichtung berechtigt, für den hierfür anfallenden Personaleinsatz Schadensersatz zu verlangen. Im Interesse des Kindes und der pädagogischen Zielsetzung soll die Kindertageseinrichtung regelmäßig besucht werden.

(5) Sogenannte Luftbuchungen, d.h. Betreuungszeiten die vertraglich gebucht, aber nicht regelmäßig genutzt werden, sind grundsätzlich nicht gestattet und werden durch die Einrichtungsleitung ggfs. reguliert.

(6) Eine Nutzung von Betreuungszeit außerhalb der vertraglich festgelegten Buchungszeiten ist grundsätzlich nicht möglich.

## **§ 5**

### **Schließzeiten, Ferienordnung**

(1) Die Tage, an denen die Kindertageseinrichtung geschlossen ist (Schließzeiten), werden von der Trägerin festgelegt und den Eltern in der Regel zu Beginn eines jeden Betreuungsjahres schriftlich oder durch Aushang in der Einrichtung bekannt gegeben. Schließzeiten sind insbesondere möglich in Ferienzeiten, sowie anlässlich von Fortbildungen, Planungstagen, Besinnungstagen und Teamtagen der Mitarbeiter/innen.

(2) Muss die Trägerin die Kindertageseinrichtung aus dringenden betrieblichen Gründen vorübergehend schließen oder teilschließen, werden die Eltern unverzüglich informiert. Dringende Gründe liegen vor, wenn ein ordnungsgemäßer Betrieb der Einrichtung nicht gesichert werden kann.

(3) Ist die Kindertageseinrichtung aus einem der in Abs. 1 oder 2 genannten Gründe geschlossen, haben die Eltern keinen Anspruch auf Betreuung ihrer Kinder und können wegen der Schließung keinen Schadensersatz fordern.

## **§ 5a**

### **Notbetreuung**

(1) Kann aus Gründen von akutem Fachpersonalmangel ein ordnungsgemäßer Betrieb der Einrichtung nur noch stark eingeschränkt gesichert werden, ordnet die Trägerin kurzfristig eine Notbetreuung für dafür berechnete Kinder an. Die Eltern werden bei Bekanntwerden dieser Situation unverzüglich informiert.

Die aktuelle Personalsituation ist an der Personalampel des jeweiligen Eingangsbereichs einsehbar.



(2) Im Fall von einer angeordneten Notbetreuung werden einzelne Gruppen komplett geschlossen und es kann nur noch eine deutlich geringere Anzahl von Kindern als regulär betreut werden. Die jeweilig mögliche Anzahl von Kindern die zur Nutzung der Notbetreuung berechtigt sind, ergibt sich jeweils aus der Anzahl von verbleibendem Fachpersonal in der Einrichtung und dem daraus errechneten Betreuungsschlüssel.

Im Rahmen von Notbetreuung finden keine pädagogischen Angebote, Sonderveranstaltungen oder spezielle Fördermaßnahmen statt.

(3) Ein Anrecht auf Notbetreuung ergibt sich nach den folgenden chronologischen Kriterien:

1. Formular „Bestätigung für den Anspruch auf Notbetreuung“ liegt von allen Personensorgeberechtigten in der Einrichtung vor.
2. Kinder, deren Personensorgeberechtigte an den 5 Öffnungstagen der Kindertageseinrichtung berufstätig sind.
3. Alter des Kindes – absteigend nach Geburtsdatum (ältere vor jüngere Kinder).

## § 6

### Elternbeitrag

(1) Der Elternbeitrag und sonstige anfallende Gebühren sind in der Gebührenordnung geregelt.

(2) Der Elternbeitrag ist für das gesamte Betreuungsjahr zu bezahlen, auch für die Schließzeiten sowie bei Abwesenheit des Kindes.

(3) Der Elternbeitrag ist monatlich im Voraus entsprechend der Anlage 2 zum Bildungs- und Betreuungsvertrag (Elternbeitragsvereinbarung) zu entrichten. Der Beitrag wird durch die Trägerin per Lastschriftverfahren von dem Konto der Eltern abgebucht. Barzahlung ist nicht möglich.

(4) Bei vorübergehender betriebsbedingter Schließung der Kindertageseinrichtung und angeordneten Schließungen oder Teilschließungen von Kindertageseinrichtungen wegen Notbetreuung oder höherer Gewalt (beispielsweise wegen Naturereignissen wie Sturm, Hochwasser, außergewöhnlicher Hitze oder Epidemielagen) von mindestens sechs aufeinander folgenden üblichen Öffnungstagen werden die bereits monatlich im Voraus vereinnahmten Gebühren anteilig bei der nächstmöglichen Gebühreinzahlung verrechnet oder zurückerstattet. Hierbei werden die tatsächlichen Kalendertage angesetzt und der Monat mit jeweils dreißig Tagen zugrunde gelegt. Satz 1 gilt nicht für die Schließzeiten oder soweit für die Betreuung der Kinder eine Ersatzlösung wie Notbetreuung genutzt wurde.

## § 7

### Aufsichtspflicht

(1) Die Trägerin übernimmt von den (nach § 1631 Abs. 1 BGB gesetzlich aufsichtspflichtigen) Eltern durch den Bildungs- und Betreuungsvertrag die vertragliche Aufsichtspflicht. Es besteht grundsätzlich keine Aufsichtspflicht für Kinder, für die kein Bildungs- und Betreuungsvertrag geschlossen wurde.

(2) Die Trägerin ist berechtigt, die übernommene vertragliche Aufsichtspflicht auf die Einrichtungsleitung sowie die weiteren pädagogischen Mitarbeiter\*innen oder sonstige geeignete Personen zu übertragen.

(3) Die Aufsichtspflicht der Trägerin bzw. des pädagogischen Personals erstreckt sich auf die gesamte Zeit des Aufenthaltes in der Kindertageseinrichtung, einschließlich der Ausflüge, Spaziergänge, Besichtigungen und ähnlichem. Die Aufsichtspflicht beginnt, wenn das Kind den Bereich der Einrichtung betritt und von dem pädagogischen Personal übernommen wird. Die Aufsichtspflicht endet mit der Übergabe des Kindes an die Eltern oder die zur Abholung berechtigte Person, bei Schulkindern mit dem



berechtigten Verlassen der Einrichtung. Die Aufsichtspflicht besteht nicht, wenn die Eltern oder die von den Eltern beauftragte Begleitperson das Kind zu einer Veranstaltung der Einrichtung begleiten oder dort mit dem Kind anwesend sind. Außerhalb der Öffnungszeiten kann die Beaufsichtigung der Kinder durch das pädagogische Personal nicht gewährleistet werden. Sollten die Eltern und alle vertraglich abholberechtigten Personen nach Ende der Öffnungszeiten telefonisch nicht erreichbar sein, so werden nicht abgeholt Kinder in die Obhut des Jugendamtes übergeben.

- (4) Die Aufsichtspflicht auf dem Weg zu und von der Einrichtung obliegt den Eltern.
- (5) Soll ein Kind den Heimweg in Begleitung eines Geschwisterkindes ab 12 Jahren antreten dürfen, so ist hierfür die vorherige schriftliche Einverständniserklärung der Eltern erforderlich.
- (6) Die zur Abholung des Kindes berechtigten Personen sind der Einrichtungsleitung schriftlich und im Voraus zu benennen. Soll das Kind nicht von den Eltern abgeholt werden, ist eine besondere Benachrichtigung erforderlich. Eine telefonische Benachrichtigung ist grundsätzlich nicht ausreichend.

## **§ 8 Elternbeirat**

- (1) Für die Kindertageseinrichtung ist ein Elternbeirat zu bilden.
- (2) Die Aufgaben und Befugnisse des Elternbeirates ergeben sich aus Art. 14 BayKiBiG.

## **§ 9 Mitwirkungspflichten der Eltern**

- (1) Eine sinn- und wirkungsvolle pädagogische Arbeit in der Kindertageseinrichtung zum Wohle des Kindes und dessen geistige, seelische und körperliche Entwicklung ist ohne partnerschaftliche Mitarbeit der Eltern nicht möglich. Die Einrichtung bietet deshalb Möglichkeiten des gegenseitigen Kennenlernens und Austausches an. Die Eltern sollen daher nach Möglichkeit an den Elternveranstaltungen regelmäßig teilnehmen und auch die angebotenen Gesprächsmöglichkeiten wahrnehmen.
- (2) Um in Notfällen erreichbar zu sein, sind die Eltern verpflichtet, ihre Anschrift und die (private und dienstliche) Telefonnummer sowie Mobilfunknummern anzugeben, unter der sie während der Öffnungszeiten erreichbar sind. Jede Änderung dieser Angaben ist der Einrichtungsleitung unverzüglich mitzuteilen.
- (3) Die Eltern verpflichten sich, Änderungen in der Personensorge unverzüglich schriftlich mitzuteilen.
- (4) Im Interesse des Kindes und der pädagogischen Arbeit soll das Kind die Einrichtung regelmäßig und pünktlich zu den vertraglich vereinbarten Buchungszeiten besuchen. Bei Fernbleiben des Kindes (z. B. Erkrankung des Kindes, Urlaub) ist es notwendig, dass die Eltern im Vorfeld bzw. umgehend die Einrichtung verständigen.

## **§ 10 Krankheitsfälle**

- (1) Erkrankungen des Kindes sind der Einrichtungsleitung unverzüglich mitzuteilen. Mitzuteilen sind insbesondere Krankheiten, die nach näherer Maßgabe des Gesetzes zur Verhütung und Bekämpfung von Infektionskrankheiten beim Menschen (Infektionsschutzgesetz) der Meldepflicht unterfallen, wie z.B. Cholera, Diphtherie, virusbedingtes hämorrhagisches Fieber, Masern, Meningokokken-Infektion, Mumps, Röteln oder Windpocken. Auch die Erkrankung eines Familienmitglieds an einer dieser Krankheiten ist der Einrichtungsleitung unverzüglich mitzuteilen. Das als **Anlage 4** des Bildungs- und Betreuungsvertrages



beigefügte Merkblatt (Belehrung zum Infektionsschutzgesetz) ist Bestandteil dieser Kindertageseinrichtungsordnung.

(2) Kinder, die krank (insbesondere bei fiebrigen Erkältungskrankheiten, Erbrechen, Durchfall, Fieber u. ä.) oder einer der in Absatz 1 genannten Erkrankungen verdächtig sind, dürfen die Kindertageseinrichtung nicht besuchen. Die Wiedenzulassung zum Besuch der Einrichtung im Falle einer Erkrankung nach Absatz 1 ist abhängig von einem ärztlichen Urteil, dass eine Weiterverbreitung der Krankheit durch das Kind nicht mehr zu befürchten ist. Die Kindertageseinrichtung kann hierzu als Nachweis jederzeit eine schriftliche ärztliche Unbedenklichkeitsbescheinigung verlangen. Ein schriftliches ärztliches Attest für die Wiedenzulassung des erkrankten Kindes zum Besuch der Einrichtung ist erforderlich bei einer Erkrankung an Cholera, Enteritis (Darmentzündung) durch enterohämorrhagische E. coli (EHEC), Diphtherie, virusbedingtem hämorrhagischem Fieber (VHF, z. B. Ebola; hier ist die Einholung einer Expertenmeinung und Abstimmung mit Gesundheitsamt notwendig), Impetigo contagiosa (ansteckende Borkenflechte), Konjunktivitis durch Adenoviren, Lungentuberkulose, Pest, Poliomyelitis (Kinderlähmung), Röteln, Shigellose (bakterielle Ruhr), Skabies (Krätze), Typhus oder Paratyphus. Dasselbe gilt bei ansteckender Erkrankung von Familienmitgliedern. Die Trägerin ist berechtigt, Kinder auch bei weiteren ansteckenden Erkrankungen vom Besuch der Einrichtung auszuschließen, wenn die Eltern ihren Verpflichtungen nicht nachkommen. Etwaige für ein ärztliches Urteil oder Attest anfallende Kosten werden nicht erstattet und sind von den Eltern zu tragen.

(3) Ein Befall mit Kopfläusen ist der Einrichtungsleitung ebenfalls unverzüglich mitzuteilen. Beim Befall mit Kopfläusen ist beim erstmaligen Befall eine von den Eltern unterschriebene Bestätigung, dass die Behandlung ordnungsgemäß durchgeführt wurde, ausreichend. Ab dem zweiten Läusebefall kann von der Einrichtungsleitung vor Wiedenzulassung zur Kindertageseinrichtung eine ärztliche Unbedenklichkeitsbescheinigung gefordert werden. Etwaige dafür anfallende Kosten werden nicht erstattet.

(4) Besonderheiten bezüglich Gesundheit oder Konstitution des Kindes sind der Einrichtungsleitung mitzuteilen. Dies betrifft insbesondere Behinderungen, Anfalls- oder Bluterkrankungen, Allergien oder Unverträglichkeiten.

## **§ 11**

### **Versicherungsschutz, Mitteilungspflichten, Haftung**

(1) Die Kinder sind nach näherer Maßgabe der gesetzlichen Bestimmungen in der gesetzlichen Unfallversicherung versichert. Der Versicherungsschutz besteht für den direkten Weg zur und von der Kindertageseinrichtung, während des Aufenthaltes in der Einrichtung sowie während der Teilnahme an Veranstaltungen der Einrichtung außerhalb deren Grundstücks.

(2) Für die Teilnahme an Ausflügen der Einrichtung bedarf es der Zustimmung der Eltern.

(3) Jeder Unfall oder sonstige Schadensfall ist der Einrichtungsleitung unverzüglich mitzuteilen. Alle Unfälle auf dem Weg zur und von der Kindertageseinrichtung sind zu melden, auch wenn eine ärztliche Behandlung nicht erforderlich ist.

(4) Für in die Einrichtung mitgebrachte Kleidung, Spielzeug, Schmuck und ähnliches übernimmt die Trägerin keine Haftung. Dies gilt insbesondere für den Fall des Verlustes, der Verwechslung oder der Beschädigung.

## **§ 12**

### **Beendigung**



Die Trägerin kann den Aufnahmevertrag nur bei Vorliegen eines wichtigen Grundes mit einer Frist von einem Monat zum Monatsende in Schriftform kündigen. Ein wichtiger Grund liegt insbesondere vor, wenn

- a) das Kind außerhalb der Schulferienzeiten mehr als zwei Wochen ununterbrochen unentschuldig gefehlt hat,
- b) die Eltern mit der Bezahlung des Kindergartenbeitrages über 2 Monate ganz oder teilweise in Verzug geraten,
- c) die Eltern trotz schriftlicher Mahnung ihren Pflichten aus der Gebühren- oder Kindertageseinrichtungsordnung nicht nachkommen bzw. eine Zusammenarbeit mit dem pädagogischen Personal nicht mehr zumutbar erscheint,
- d) das Kind aufgrund schwerer Verhaltensstörungen sich oder andere gefährdet, insbesondere wenn eine heilpädagogische Behandlung angezeigt erscheint,
- e) die von den Eltern gewünschte Besuchszeit die wirtschaftliche Führung des Kindergartens beeinträchtigt,
- f) sonstige schwerwiegende Gründe im Verhalten des Kindes oder der Personensorgeberechtigten gegeben sind, die einen Ausschluss erforderlich machen.

**§ 13**  
**[Inkrafttreten]**

Diese Kindertageseinrichtungsordnung tritt mit dem 01.01.2026 in Kraft.

Pforzen, den 03.12.2025

Herbert Hofer, 1. Bürgermeister



(Siegel)

Der in dieser Kindertageseinrichtungsordnung verwendete Begriff der „Eltern“ umfasst alle Formen der Personensorgeberechtigung, also alle Personen, denen das Personensorgerecht für Minderjährige zusteht:

- Vater/Väter und/oder Mutter/Mütter (§ 1626 Abs. 1, § 1626 a Abs. 1, § 1754 Abs. 1 BGB)
- ein Elternteil (§ 1626 a Abs. 3, § 1671 Abs. 1, 2 und 3, § 1680, § 1754 Abs. 2 BGB)
- Vormund (§ 1793 BGB)
- Pfleger (§ 1915 in Verbindung mit 1793 BGB).

